

16/SN-322/ME



# Österreichischer Städtebund

Rathaus  
1082 Wien

Telefon 40 00

Telefax international 0043-1-4000-7135

Telefax national 0222-4000-99-89980

Wien, 12. Oktober 1993

Kettner/Bu

Klappe 89 993

A: Parla.Txt

011-7/818/93

An die  
Parlamentsdirektion

Parlament  
1017 Wien

Beim GESETZENTWURF	
Zl. ....	63-GE/1993
Datum: 15. OKT. 1993	
Verteilt: 15. Okt. 1993	

*Dr. Hager*

**Bundesgesetz, mit dem die Anfechtungsordnung, die Ausgleichsordnung, das Gesetz über Gesellschaften mit beschränkter Haftung, das Handelsgesetzbuch, das Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz und die Konkursordnung geändert werden (Insolvenzrechtsänderungsgesetz 1993 - IRÄG 1993)**

Unter Bezugnahme auf den mit Note vom 20. August 1993, Zahl 37.006/121-3/93, vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales übermittelten Entwurf beehrt sich der Österreichische Städtebund, anbei 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu übersenden.

Beilagen

*Dr. Erich Pramböck*

(Dkfm. Dr. Erich Pramböck))  
Generalsekretär



# Österreichischer Städtebund

Rathaus  
1082 Wien  
Telefon 40 00

Telefax international 0043-1-4000-7135  
Telefax national 0222-4000-99-89980

Zu Zahl 011.7/818/93

Wien, 12. Oktober 1993

Kettner/Bu  
Klappe 89 993  
A:Anfecht.Txt  
011-7/818/93

An das  
Bundesministerium  
für Arbeit und Soziales

Stubenring 1  
1010 Wien

**Bundesgesetz, mit dem die Anfechtungsordnung, die Ausgleichsordnung, das Gesetz über Gesellschaften mit beschränkter Haftung, das Handelsgesetzbuch, das Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz und die Konkursordnung geändert werden  
(Insolvenzrechtsänderungsgesetz 1993 - IRÄG 1993)**

Gegen den vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales ausgearbeiteten, im Betreff angeführten Entwurf bestehen seitens des Österreichischen Städtebundes folgende Bedenken:

**Zu Art. 2 Z. 1:**

Bezüglich der Ausgleichstagsatzung wäre zu normieren, daß vorerst alle Gläubiger einen Bericht über die Vermögensverwertung zu bekommen haben; zwischen diesem Bericht und der Ausgleichstagsatzung sollte ein Zeitraum von mindestens vier, längstens jedoch acht Wochen liegen.

Da durch einen Ausgleich die Forderungen ex lege übergehen, kommt jede Zustimmung zu einem Ausgleich einer Abschreibung von Forderungen gleich. Zur Herbeiführung der Zustimmung des zuständigen (Kollegial-)Organes ist jedenfalls eine Frist von vier Wochen ab Bericht des Ausgleichsverwalters erforderlich. Der Bericht des Ausgleichsverwalters wiederum ist deshalb besonders wichtig, weil dem zuständigen Organ ausreichende Grundlagen für die Entscheidung übermittelt werden müssen.


- 2 -

**Zu Art. 6 Z. 1:**

§ 12 Abs. 1 der Konkursordnung sollte in der bisherigen Form beibehalten werden, weil die künftige Regelung einen Nachteil für die Körperschaften öffentlichen Rechts darstellt und insbesondere an der Hereinbringung der Abgaben auch ein besonderes öffentliches Interesse besteht; gerade die Abgaben kommen letztlich wieder der Bevölkerung zugute. Eine Besserstellung der Körperschaften öffentlichen Rechts bezüglich der Hereinbringung der Abgaben wäre daher sehr wohl sachlich gerechtfertigt.

Gegen die übrigen Bestimmungen des Entwurfes bestehen keine Bedenken.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden gleichzeitig der Parlamentsdirektion übermittelt.



(Dkfm. Dr. Erich Pramböck)  
Generalsekretär